Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unr. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 218. **Sonntag** den 5. August 1888. **82. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Der am 1. August dieses Jahres fällige zweite Termin der Staatsgrundsteuer ist nach dem Gesetze vom 9. September 1843 in Verbindung mit der durch das Gesetz vom 3. Juli 1878 getroffenen Aenderung nach

Zwei Pfennigen von jeder Steuereinheit

zu entrichten. Die Steuerpflichtigen werden deshalb hierdurch aufgefordert, ihre Steuerbeiträge **von genanntem Tage ab bis spätestens 14 Tage nach demselben** an unsere Stadtsteuer-Einnahme, Stadthaus, Obstmarkt 3, Erdgeschoß rechts, Zimmer 59, abzuführen, da nach Ablauf dieser Frist die gesetzlichen Maßnahmen gegen die Säumigen eintreten müssen.

Leipzig, am 27. Juli 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Trendlin. Koch.

Der zweite Termin der städtischen Grundsteuer ist am 1. August dieses Jahres nach Eins vom Tausend des im Kataster eingestellten Grundwerthes nebst der Kirchenanlage für die evangelisch-lutherischen Kirchen vom Grundbesitz nach Höhe von fünfzehn Pfennigen auf eine Einheit (= 1000 Mark) fällig.

Diejenigen Grundstücksbesitzer, welche Mitglieder einer anderen mit eigenem Gotteshause am Orte bestehenden anerkannten Religions- oder Confessionsgemeinschaft sind, haben nur den dritten Theil des sonst auf ihren Grundbesitz beziehentlich Antheil haftenden Beitrages zu den Parochialanlagen zu entrichten.

Die Steuerpflichtigen werden deshalb aufgefordert, ihre Steuerbeiträge **von dem Termine ab bis spätestens 14 Tage nach demselben** an unsere Stadtsteuer-Einnahme, Stadthaus, Obstmarkt 3, Erdgeschoß rechts, Zimmer 59, zu entrichten, widrigenfalls nach Ablauf dieser Frist gegen die Restanten das Beitreibungsverfahren eingeleitet werden wird.

Leipzig, den 27. Juli 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Trendlin. Koch.

Bekanntmachung.

Die Anlieferung von 150 Stück granitnen Einfallsteinen mit rundem Deckel zu Straßenendeinfassungen (Dresdner Muster) sollen an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und ein Probestück für diese Lieferung liegen bei unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen bez. besichtigt, auch erstere gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift **„Lieferung von Schleusen-Einfall-Steinen"** versehen ebendaselbst und zwar bis zum 13. August 1888, Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 28. Juli 1888.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ib. 3178. **Straßenbau-Deputation.**

Ausschreibung.

Für den Neubau des Feuerwehrdepots an der Schenkendorfstraße sollen die **Glaser-, Tischler-, Schlosser-, Gasleitungs- und Wasserleitungs-Arbeiten** in öffentlicher Submission vergeben werden.

Die Unterlagen für die einzelnen Arbeiten sind auf unserem Bauamte, Hochbauverwaltung, Rathhaus, II. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5, gegen Zahlung von je 50 ₰ zu entnehmen und bis zum 13. August ds. Js., Nachmittags 5 Uhr ebendaselbst versiegelt und mit entsprechender Aufschrift versehen wieder abzugeben.

Die Auswahl unter den Bewerbern und die Ablehnung sämmtlicher Gebote behalten wir uns vor.

Leipzig, den 30. Juli 1888.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ib 3266. **Bau-Deputation.**

Die Ausführung
der Steinmetzarbeiten
für
1) das **Retortenhaus** und für den **Kohlenschuppen,**
2) das **Reinigungs-** und **Regenerirgebäude,**
sowie für das **Theervorrathsbassin**
bei dem Erweiterungsbau der II. Gasanstalt soll in Accord verdungen werden.

Die Zeichnungen und Bedingungen für diese Arbeiten liegen im Bureau der Gasanstalt II. in Connewitz aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
ad 1) **Retortenhaus 2c. Steinmetzarbeiten,**
ad 2) **Reinigungsgebäude 2c. Steinmetzarbeiten**
für die II. Gasanstalt"
versehen in der Nuntiatur des Rathes, Rathhaus, 1. Etage, und zwar bis zum

Montag, den 13. August d. J.,
Nachmittags 5 Uhr

einzureichen.

Der Rath behält sich jede Entschließung und insbesondere das Recht vor, sämmtliche Offerten abzulehnen.

Leipzig, am 2. August 1888.

Des Raths der Stadt Leipzig Deputation zu den Gasanstalten.

Erstatteter Anzeige zufolge ist das für **Ernst Hermann Hanschmann** aus Gruben am 30. December 1883 in Anger ausgestellte Dienstbuch vor einigen Tagen verloren gegangen.

Wir bitten, dasselbe im Auffindungsfalle an uns abzuliefern.

Leipzig, am 1. August 1888.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
L. 4189. J. V.: Junck, Pol.-Rath. Gymlr.

Erstatteter Anzeige zufolge ist das für **Philipp Hummel** aus Nüßelsheim am 24. Februar 1883 in Frankfurt a. M. ausgestellte Dienstbuch vor längerer Zeit verloren gegangen und im Auffindungsfalle an uns abzuliefern.

Leipzig, am 31. Juli 1888.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
L. 4168. J. V.: Junck, Pol.-Rath. Gymlr.

Nichtamtlicher Theil.

Der Einfluß der neuesten Ereignisse auf das Parteileben.

Es ist ein erfreuliches Merkmal der Gegenwart, daß die Parteikämpfe fast gänzlich ruhen. Die Fragen, ob Cartel oder nicht, ob Auslieferung der Schule an die Kirche oder Entwickelung derselben unter der Einwirkung von Staat und Gemeinde, sind in der Hauptsache akademischer Natur, praktischen Werth können sie nicht beanspruchen, weil Conservative und Nationalliberale auch ohne besondere Verabredung in allen Grundfragen zusammen gehen werden, wie das seit den letzten Reichstagswahlen geschehen, und weil die Schule wie sie Windthorst wünscht, in Preußen niemals Gestalt gewinnen kann. Fragen, welche die Wähler in streng getrennte Lager scheiden, wie es im Reich bei der Militairfrage und bei der Frage der Verlängerung des Socialistengesetzes, sowie bei den Steuer- und socialpolitischen Vorlagen früher geschah, in Preußen in der kirchenpolitischen Frage, stehen gegenwärtig nicht zur Entscheidung, und wenn sie wieder auf der Tagesordnung erscheinen werden, ist eine Einigung mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten.

Man kann demgemäß sagen, daß die Parteien im Reich und in Preußen ein ungewöhnlich friedliches Leben führen und daß die Kampfparteien, wie der äußerste rechte Flügel der Conservativen, die Ultramontanen, die Socialdemokraten auf etwas unschädlichen Trommelwirbel beschränkt sind und daß die deutschfreisinnige Partei in den letzten Zügen liegt. Eine gleiche Zahmheit, wie sie die Deutschfreisinnigen heute zeigen, ein so bereitwilliges Eingehen auf die Hauptgesichtspuncte der Gesammtwohlfahrt, eine so rückhaltlose Anerkennung der persönlichen Vorzüge des jungen Kaisers und der Richtigkeit und Vortrefflichkeit der von ihm verkündeten Regierungsgrundsätze in Reich und Einzelstaat, im Innern wie nach außen ist bei der deutschfreisinnigen Partei seit ihrer Gründung im Jahre 1884 nicht hervorgetreten. Wir begrüßen diesen Umschwung mit Genugthuung, ohne der Partei ihre Haltung als Verdienst anzurechnen, denn nicht aus eigenem Antriebe hat sich die Partei zu so gesunden Anschauungen bekehrt, sondern sie ist durch die Wucht der öffentlichen Meinung gezwungen worden, auf ihr kleinliches Geklink zu verzichten und in den allgemeinen Ton der Zufriedenheit mit der Leitung unserer inneren und auswärtigen Politik einzustimmen. Des deutschen Volkes hat sich seit der Eröffnung des deutschen Reichstages und des preußischen Landtages am 25. und 27. Juni ein Grad von freudiger Zustimmung zu dem Regierungsprogramm und zu der Art und Weise seiner Ausführung bemächtigt, wie er seit Begründung des deutschen Reiches und Geltung der preußischen Verfassung noch kaum zur Erscheinung getreten ist; das Vertrauen zur Regierung bildet heute die Grundlage des gesammten Parteilebens, und das ist der Zustand, welcher dem Ideal des Verfassungslebens entspricht.

Ursprünglich ist der Grundgedanke des Verfassungsstaates, Uebergriffe und Fehler der Regierung zu vermeiden und wo sie begangen worden sind, Abhilfe zu schaffen und die daraus entstandenen Schäden wieder gut zu machen. Es war die Zeit, in welcher die Regierung im Bewußtsein ihrer Macht sich für unfehlbar hielt und deshalb manchen schweren Mißgriff beging, als die Forderung nach einer Mitwirkung der Volksvertretung an der Gesetzgebung und nach der Controle der Verwaltung der Staatsfinanzen gebieterisch auftrat und dadurch die Einrichtung des Verfassungsstaates herbeiführte. Durch maßvolle Ausübung der Rechte, welche die Verfassung der Volksvertretung einräumt, wird eine heilsame Wechselwirkung zwischen der Staatsregierung und den berechtigten Wünschen des Volkes erzielt, durch schroffe Hervorkehrung der Volksrechte ohne Rücksicht auf die Wohlfahrt des Ganzen wird jedoch ein ungesunder Zustand erzeugt, den wir Parlamentsherrschaft oder Parlamentarismus zu nennen pflegen. Die Gefahr, welche diese Ausartung des Verfassungslebens mit sich bringt, war sowohl im deutschen Reichstage als im preußischen Landtag eine Zeit lang sehr dringend, die Regierungsthätigkeit wurde nahezu lahm gelegt durch die ultramontane, deutschfreisinnige (früher fortschrittliche) und socialdemokratische Opposition, und es begann ein Zustand sich zu entwickeln, welcher im Reichstage zur Verlegung des Schwerpunctes in den Bundesrath und in Preußen, zur Zeit des Militairconflictes, zur Theorie von der Lücke in der Verfassung und zur spitzfindigen Auslegung von Verfassungsparagraphen führte, um überhaupt einen möglichen Zustand zu schaffen.

Diese Krankheiten des Verfassungslebens liegen hinter uns. Die Regierung ist sich ihrer Pflicht, die Verfassung aufrecht zu halten und die Volksrechte nicht zu verletzen, ebenso klar bewußt, wie im Parteileben des deutschen Volkes das Parteiinteresse vor dem Gesammtinteresse zurücktreten beginnt. Beide Factoren der Gesetzgebung haben allmälig die Stelle herausgefunden, an welcher ein einträchtiges und erfolgreiches Zusammenwirken möglich ist, und die Wähler haben diejenige politische Reife erlangt, welche die Voraussetzung eines gesunden und gedeihlichen Verfassungslebens ist. Gewinnen die Parteibestrebungen die Oberhand, wie das auf Seite der Oppositionsparteien lange Zeit hindurch geschehen ist, dann leidet die Gesammtwohlfahrt Schaden, der Staatszweck wird aus den Augen verloren und es tritt der Zustand ein, in welchem Schlagworte mehr gelten, als ruhige und vorurtheilsfreie Erwägung des Für und Wider. Unter solchen Parteiverhältnissen ruht die Gesetzgebung, unerfüllbare Ansprüche der Parteien gerathen mit den Bemühungen der Regierung, einen allgemein befriedigenden Zustand aufzurichten, in Kampf, und die Folge ist, daß überhaupt nichts zu Stande kommt.

Die Grundzüge, welche Kaiser Wilhelm in den beiden Thronreden vom 25. und 27. Juni aufgestellt hat, haben dem Parteileben in Deutschland die Richtung gegeben. Es hat überall in Deutschland freudigen Widerhall gefunden, als Kaiser Wilhelm die Hoffnung aussprach, daß es gelingen werde, der Ausgleichung ungesunder, gesellschaftlicher Gegensätze durch Vollendung der socialpolitischen Gesetzgebung näher zu kommen und daß der Kaiser bei Pflege der inneren Wohlfahrt die einhellige Unterstützung aller treuen Anhänger des Reiches und der verbündeten Regierungen finden werde ohne Trennung nach gesonderter Parteistellung. Denselben Gedanken hat der König von Preußen am Schluß der Thronrede zur Eröffnung des preußischen Landtages ausgedrückt, indem er sagte: „Im Rückblick auf die wichtigen Ergebnisse der Legislaturperiode, welche Dank dem einträchtigen Zusammenwirken der Volksvertretung mit der Regierung erzielt worden sind, vertraue Ich, daß es auch in Zukunft gelingen werde, in gemeinschaftlicher, von gegenseitigem Vertrauen getragener und durch die Verschiedenheit der Grundanschauungen nicht gestörter Arbeit die Wohlfahrt des Landes zu fördern."

In der That beruht die gedeihliche Fortentwickelung des Ganzen auf dem gegenseitigen Vertrauen von Regierung und Volksvertretung, und dieses Vertrauen ist in Deutschland in hohem Maße vorhanden. Es besteht nicht mehr der ungesunde Zustand, welcher sich dadurch kennzeichnet, daß Parteiprogramme veröffentlicht werden, denen es auf den ersten Blick anzusehen ist, daß sie mit der vorangegangenen Entwickelung und mit den thatsächlichen Verhältnissen in unlösbarem Widerspruch stehen, daß sie an den Grundlagen des Staatswesens rütteln, ohne Aussicht, dadurch eine andere Wirkung als Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen zu erzeugen. Ebensowenig würde es mit der Gesammtwohlfahrt vereinbar sein, wenn sich die Regierung auf einen extremen einseitigen Standpunct stellen wollte, welcher das Interesse der an der Spitze stehenden Personen und der dieselbe stützenden Parteien zur Richtschnur wählt. Davon sind die beiden Kundgebungen Kaiser Wilhelm's an die Vertretung des preußischen und deutschen Volkes aber himmelweit entfernt, sie gehen von dem Grundgedanken aus, daß hinter dem Wohle des Staates alle Sonderinteressen zurücktreten müssen. Um diesem Grundgedanken einen möglichst gemeinverständlichen Ausdruck zu geben, hat der deutsche Kaiser und Preußens König seine Anrede an die Vertreter des preußischen Volkes mit dem Ausspruch Friedrich's des Großen geschlossen, daß in Preußen der König des Staates erster Diener ist. In diesem Sinne hat Kaiser Wilhelm seine Regierung bis zum heutigen Tage geführt und dadurch die Zuversicht erweckt, daß alle Parteien ihm darin mit gleicher Pflichttreue zur Seite stehen werden.

Leipzig, 5. August.

* Ueber den **Verlauf der Kaiserreise** erfährt die „Kölnische Zeitung" noch folgende Einzelheiten:

Der Kaiser hat die nicht geringen Strapazen der oft recht unruhigen und zum Theil stürmischen Seereise aufgezeichnet ertragen. Er war meist einer der Ersten auf Deck und verfolgte mit größter Aufmerksamkeit und warmer Anerkennung alle Bewegungen der Schiffe, die durchweg ausgezeichnet ausgeführt wurden. Auf der Rückfahrt von Kopenhagen nach Kiel hatte die Flotte den Wind gegen sich, weshalb die Fahrt, namentlich die der Schulschiffe, sehr verzögert wurde; aber die junge Mannschaft, der die Kürzung der Mahlzeiten, das Einziehen der Rahen zufiel, arbeitete mit solcher Sicherheit und Raschheit, daß sie sich das warme Lob des Kaisers erwarb. Die Yacht „Hohenzollern" selbst wurde ausgezeichnet geführt; in den Seemannskreisen, die in Kiel der Rückkunft zusahen, fiel es besonders anerkennend auf, wie die Yacht noch bis zum letzten Augenblicke mit vollem Dampf in den Hafen einfuhr und dann so geschickt geleitet wurde, daß sie sofort an der für sie bestimmten Boje Halt machte. Der Kaiser, der an Bord der „Hohenzollern" noch eine Abordnung der schleswig-holsteinischen Ritterschaft unter Führung des Grafen Reventlow empfing und sich mit den einzelnen Herren lange und eingehend unterhielt, hat den Officieren der Flotte als Zeichen seiner besonderen Befriedigung sein Bild mit seiner Unterschrift geschenkt. Infolge der Verzögerung der Fahrt mußte auch die Einfahrt von Kiel nach Friedrichsruh vorsichtiger und langsamer erfolgen, so daß dort die Ankunft erst kurz vor Mitternacht erfolgte. Der Kaiser und der Fürst Bismarck zogen sich in Folge der späten Stunde bald nach der Ankunft zur Ruhe zurück; am folgenden Morgen aber hatten sie im Beisein des Staatsministers Grafen Bismarck eine um so längere Unterredung, so daß das Frühstück, das auf halb zwölf Uhr anberaumt war, erst eine Viertelstunde später beginnen konnte. An dem Frühstück nahmen neben dem Kaiser und dem Hausherrn Theil: Graf Bismarck, Graf und Gräfin Rantzau — die Fürstin weilt bekanntlich im Bade zu Homburg vor der Höhe —, ferner der General-Adjutant v. Wittich, der Hofmarschall Freiherr v. Lyncker, die Flügel-Adjutanten Capitain Freiherr v. Seckendorff und Major v. Kessel, der Leibarzt Professor Dr. Leuthold, der vortragende Rath im Auswärtigen Amt Legationsrath v. Kiderlen-Wächter und der Vorstand des Chiffrirbureaus, Geh. Hofrath Willich. Im Laufe des Frühstücks stand der Reichskanzler auf und bat, das erste Glas, das der Kaiser auf deutschem Boden trinke, dem neugeborenen Hohenzollernsprossen widmen zu dürfen, indem er gleichzeitig in warmen Worten seinem Danke für die Ehre des kaiserlichen Besuches Ausdruck gab. Der Kaiser dankte für diese Worte zugleich im Namen der Kaiserin und seines Sohnes und gedachte des Sohnes des Fürsten Bismarck, des Geh. Regierungsrathes und Landrathes Grafen Wilhelm Bismarck, der an diesem Tage seinen Geburtstag in Hanau beging. Der Kaiser verließ gleich nach aufgehobener Tafel das gastliche Friedrichsruh und reiste alsbald mit seinem Gefolge nach Potsdam weiter, wo ihn im Marmorpalais auch die Kaiserin Friedrich mit ihren Töchtern erwartete und herzlich begrüßte. Nur der Staatsminister Graf Bismarck verblieb noch den Tag über bei seinem Vater und traf erst am Donnerstag früh 6 Uhr in Berlin ein. Im Laufe des Nachmittags empfing er den Abgesandten des Sultans zur Begleitung des Kaisers zur Thronbesteigung, Munir Pascha. Alle Herren des Gefolges wissen nicht genug der Worte zu finden, um die außerordentliche Liebenswürdigkeit, Gastfreundschaft und Zuvorkommenheit zu schildern, die sie allerwärts, in Rußland, in Schweden und in Dänemark gefunden haben und die gar nicht hätte übertroffen werden können. Sie glaubt, daß alle die Hoffnungen und Erwartungen, die man deutscherseits an die Reise geknüpft habe, vollauf sich erfüllt und bestätigt haben.

* Die Nachrichten über eine beabsichtigte Begegnung zwischen Kaiser Wilhelm und der Königin von England lauten widersprechend. Während sich die „Daily News" aus Kopenhagen melden läßt, daß Kaiser Wilhelm Ende August England zu besuchen gedenke, wird der „Vossischen Zeitung" von ihrem Londoner Berichterstatter gemeldet, daß ein Zusammentreffen in Baden-Baden in Aussicht genommen war, daß aber, wie ihm aus zuverlässiger Quelle mitgetheilt wird, vorläufig davon Abstand genommen sei. Auch das „Reuter'sche Bureau" ist zu der Mittheilung ermächtigt, daß das Gerücht, wonach die Königin sich im Herbste dieses Jahres nach Baden-Baden begeben werde, jeder Begründung entbehre.

* Vor einigen Tagen tauchte auf Grund einer diesbezüglichen Notiz in der „Pharmaceutischen Zeitung" in der Presse die Mittheilung auf, das Reichskanzleramt habe auf eine vom Vorstande des Deutschen Apotheker-Vereins an dasselbe gerichtete Anfrage, betreffend Regelung des Apothekenwesens von Reichswegen, geantwortet, daß zunächst den diesbezüglichen Anträgen der größeren Mehrheit der Apotheker entgegengesehen werde. Wie die „Apotheker-Zeitung", das amtliche Organ des Deutschen Apotheker-Vereins, meldet, ist diese Mittheilung in allen ihren Theilen unwahr. Der Vorstand des Apotheker-Vereins hat sich nicht an das Reichskanzleramt gewendet, konnte also auch gar nicht von dieser Seite eine Antwort erhalten.

* Beim **Schützenbankett** hat **Prinz Ludwig von Bayern in München** eine Rede gehalten, die in weiteren Kreisen Beachtung verdient. Der Prinz ging aus von den Zuständen vor 25 Jahren, wo noch der alte deutsche Bund bestand. Seine Schwächen wurden von Hoch und Nieder anerkannt und es wird kaum Jemand in Deutschland gewesen sein, der nicht eine Besserung gewünscht hätte. Aber ein Gutes habe er gehabt, er brachte Deutschland einen fünfzigjährigen Frieden. Seitdem hätten zwei Kriege die glorreiche Wiederaufrichtung des Reiches gebracht, in deren Folge das enge Bündniß mit Oesterreich und er hoffe, dieser neue Bund werde dem alten darin gleichen, daß er Jahrzehnte des Friedens gäbe. Dann auf Ludwig I. übergehend, sagte der Prinz, Jener sei sein Leben lang ein ebenso guter Bayer wie Deutscher gewesen. Das sei allerdings jetzt für jeden Bayer selbstverständlich, aber damals gehörte besonderer Muth dazu. Zum Schluß der sehr beifällig aufgenommenen Rede erinnerte der Prinz an Ludwig II., der ein größeres Fest gelegentlich des 700jährigen Wittelsbach-Jubiläums abgelehnt mit den Worten, dessen bedürfe es nicht, denn er und sein Haus fühle sich Eins mit seinem Volke.

* * *

* Endlich ergreift ein officiöses Blatt das Wort, um die Gründe darzulegen, welche zur Dienstentlassung des FZM. v. Kuhn geführt haben. Die „Budapester Correspondenz" schreibt nämlich:

Daß es zur Enthebung des Barons Kuhn von seiner Stelle als Corpscommandant sehr bald kommen mußte, wußten eben alle Militairs in Graz seit geraumer Zeit am besten. Das dritte Corps ist das einzige in der Monarchie, welches nach einer eigenen, von allen übrigen leider abweichenden Façon selig gemacht wurde. Die Ausbildung des Corps mag vielleicht die beste und geeignetste sein, aber im Ernstfalle würde ein Zusammenwirken einzelner Truppentheile dieses Corps mit anderen Truppen leicht zu Mißverständnissen und Reibungen Veranlassung geben; kurz, das völlige Ineinandergreifen aller Truppenkörper des Heres würde durch das dritte Corps eventuell gestört worden sein. Für Baron Kuhn gab es keine anderen Normen und Instructionen, als seine eigenen, und diese waren mit denen des Kriegsministeriums nicht in Allem identisch; noch größere Bedenken erregte es aber in den letzten Jahren, daß FZM. Baron Kuhn, wahrscheinlich infolge des für ihn zu geringen Wirkungskreises, dem Corps nur einen geringen Theil seiner Zeit widmete. Baron Kuhn hat lebhafte Befriedigung an astronomischen Studien gefunden und hatte dieser zeitraubenden Thätigkeit, sowie anderweitigen literarischen Studien fleißig abgelegen; da mußten die maßgebenden Kreise in unbedingt der Meinung gewesen sein, dem Feldzeugmeister einen großen Gefallen zu erweisen, wenn ihm Gelegenheit geboten wird, sich völlig seinen Studien zuwenden zu können.

* Der Minister des Auswärtigen, Goblet, wird, wie schon kurz erwähnt, den Mächten eine Note bezüglich der Massauah-Frage zugehen lassen. In derselben wird ausgeführt, daß die Aktion Italiens bis zum 5. Februar 1885 zurückreiche. Italien habe damals den Mächten erklärt, daß sein Vorgehen nur den Zweck habe, das Besitzthum der italienischen Staatsangehörigen zu schützen und daß keineswegs die Rede von einer territorialen Ausdehnung gewesen sei. Am 16. Februar 1885 sei die Berliner Acte erfolgt, Italien habe indessen die Besitzergreifung nicht notificirt, wie dies die Berliner Acte vorschrieb. Bis Ende 1885 habe die egyptische Flagge fortdauernd neben der italienischen in Massauah geweht. Wenn die egyptische Garnison alsdann zurückgezogen wurde, und wenn Egypten es aufgab, in Massauah thatsächlich die Polizeigewalt auszuüben, die ihm seitens der Türkei übertragen war, um zu vermeiden, daß die in Arabien stehenden türkischen Truppen das Rothe Meer überschritten, so erklärte die italienische Regierung noch im Jahre 1887 in dem Augenblicke, als sie sich zur Blokirung von Massauah anschickte, daß die Souveränetätsfrage in der Schwebe bleibe und nicht an und für sich als ein Präjudiz angesehen werden könne. Es habe daher kein Zweifel bestehen können — wenigstens nicht bis zum Erscheinen der jüngsten italienischen Note — daß die Capitulationen noch zu Recht beständen. — Die Note Goblet's soll, wie es heißt, sofort nach Uebermittelung derselben an die betheiligten Mächte veröffentlicht werden. — Der französische Geschäftsträger in Rom, Gérard, hatte gestern mit dem Ministerpräsidenten Crispi eine Unterredung bezüglich der Massauah-Angelegenheit, die indessen zu keinem Resultate führte.

* Selten ist ein Jubelruf gepreßter durch die Kehle gedrungen, als das heutige Frohlocken einiger französischer Blätter über die „Entlarvung Bismarck's" durch Frau Adam, man fühlt den Leuten nach, wie schwer es ihnen wird, Freude zu heucheln, denn der in der „Nouvelle Revue" veröffentlichte Bericht des Fürsten Bismarck an Kaiser Friedrich über die Battenberg'sche Heirath hat — sei er nun echt oder so gut erfunden, daß er der Wahrheit sehr nahe kommt — den Franzosen wieder einmal klar bewiesen, daß die deutsche Diplomatie eben keiner Larve bedarf. Der größte Theil der französischen Presse schämt sich denn auch offenbar der thörichten Einleitungsworte der Frau Adam, die einen der „größten Schurkenstreiche" aufzudecken vermeint und nicht merkt, daß sie der Aufrichtigkeit und Offenheit der Politik des Gegners in dieser Veröffentlichung das glänzendste Zeugniß ausstellt; denn darin sind fast alle Stimmen einig, daß der Inhalt des Schriftstücks sich wesentlich mit den Gründen deckt, die seinerzeit von der nationalen deutschen Presse gegen den Heirathsplan ins Feld geführt wurden. Als einzigen Angriffspunct weiß man auch jetzt wie damals nichts Anderes herauszusehen als die „Demüthigung des deutschen Kaisers vor dem russischen Zaren" und die nach französischer Auffassung daraus nothwendig sich ergebende Erkaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich. Die Bundesgenossen selbst haben auf diese Verdächtigung schon oft und unzweideutig geantwortet; was den Dreibund hat entstehen lassen und ihn zusammenhält, ist die Aufrechthaltung des Friedens, und Oesterreich und Italien wissen es Deutschland Dank, wenn dieses durch eine Klärung der Meinungsverschiedenheiten mit Rußland diesem Zweck eine festere Unterlage giebt. Fürst Bismarck ist bekanntlich der Ansicht, daß einer Kriegserklärung Rußlands unmittelbar die Frankreichs folgen wird, daß dagegen umgekehrt Frankreich nicht unbedingt auf russische Unterstützung rechnen darf, andererseits aber kann Frankreich bei der durch die Bündnisse geschaffenen Lage ohne Bundesgenossen keinen Krieg führen, und deshalb muß eine Macht, deren Streben ist, den Frieden zu erhalten, in erster Linie die Verständigung mit Rußland suchen. Das ist das ganze Einmaleins der deutschen Politik, es ist so einfach, daß selbst Fälscher, wenn sie die Zahlen